

Bevölkerung

Johannes Barth

Auswirkungen der saarländischen Bevölkerungsentwicklung: Handlungserfordernisse für Raumordnung und Regionalentwicklung im Saarland^{*)}

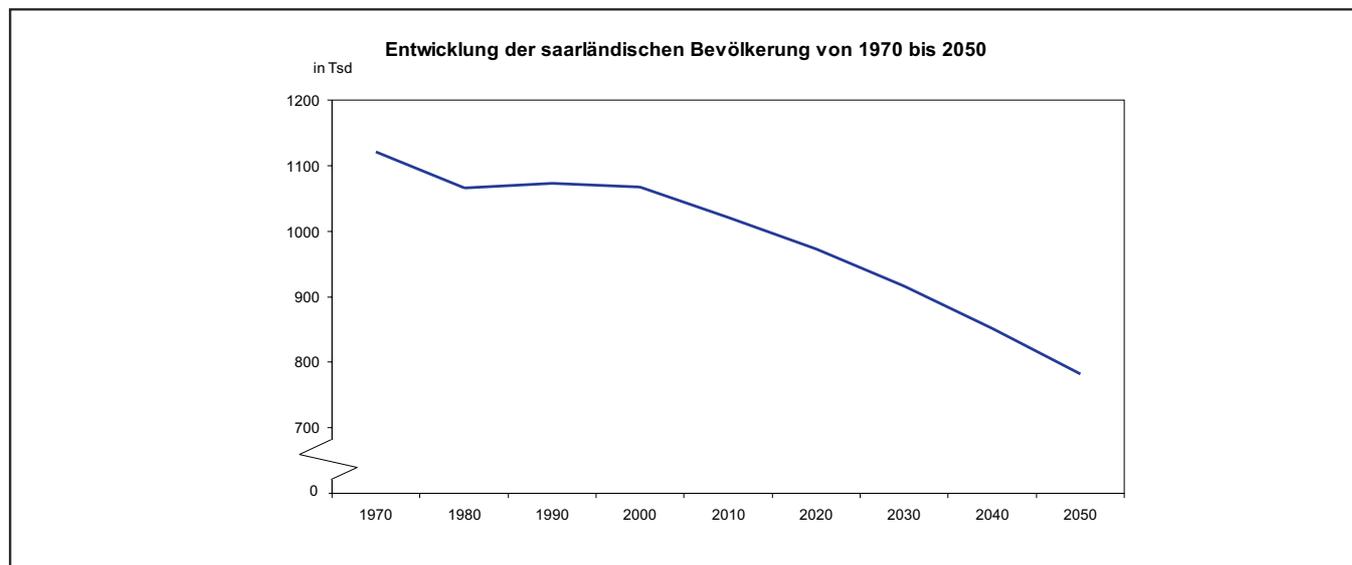
Die Bevölkerungsentwicklung des Saarlandes ist geprägt von einem Geburtendefizit, das aber nicht durch den Zuwanderungsüberschuss ausgeglichen werden kann. Gegenüber den übrigen Bundesländern hat das Saarland eine negative Wanderungsbilanz, insbesondere bei den erwerbsfähigen Personen zwischen 20 und 40 Jahren. Neben der Darstellung der statistischen Zahlen befasst sich dieser Aufsatz mit den daraus abzuleitenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen für das Saarland.

1. Bevölkerungsentwicklung im Jahre 2001

Am 31. Dezember 2001 lebten im Saarland 1 066 470 Einwohner, davon 517 432 männlichen und 549 038 weiblichen Geschlechts. Dies waren 2 233 Personen weniger als ein

Zum 31.3.2002 wurden im Saarland nur noch 1 065 600 Einwohner gezählt, 870 weniger als zum Ende des Jahres 2001.

Nach den vorliegenden Modellrechnungen der 9. Koordinierten Bevölkerungsprognose auf der Basis 1.1.1998 wird

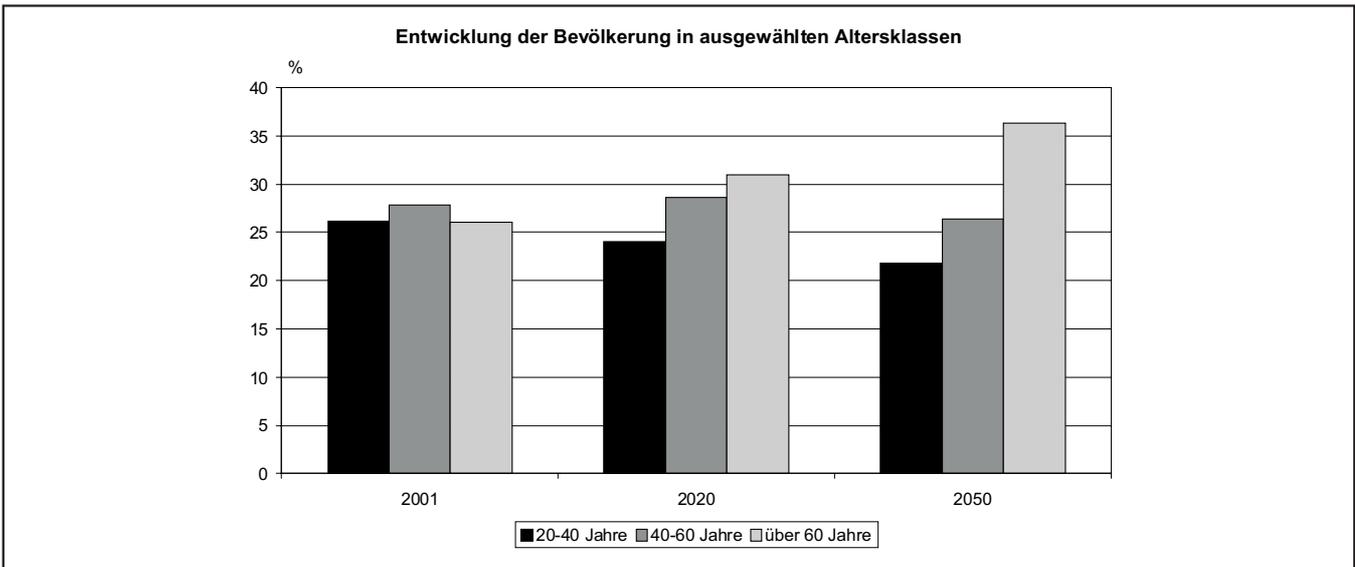


Jahr zuvor. Ausschlaggebend hierfür war ein Geburtendefizit von 4 120 Personen. Den 8 196 Geburten standen 12 316 Sterbefälle gegenüber. Der Wanderungsgewinn von 1 887 Personen, der sich aus 19 097 Zuzügen (aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland) und 17 210 Wegzügen (in andere Bundesländer und ins Ausland) im gleichen Zeitraum ergab, reichte nicht aus, um den Gestorbenenüberschuss auszugleichen.

sich die Einwohnerzahl des Saarlandes bis zum Jahr 2050 auf rund 780 Tsd. verringern. Damit wird die saarländische Bevölkerung bis 2050 ein Viertel weniger zählen als 2001.

Die Prognosedaten zeigen nicht nur einen unaufhaltsamen Alterungsprozess, der keinesfalls ein landesspezifisches Problem darstellt, sondern sie zeigen auch, wie sich die einzelnen Jahrgangsklassen infolge von Wanderungsverlusten und Geburtenrückgängen weiter entwickeln.

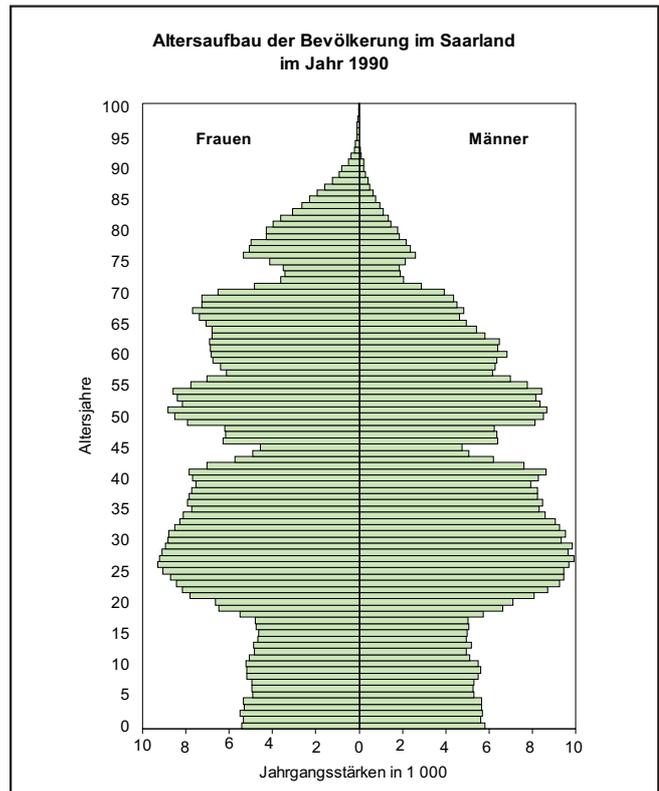
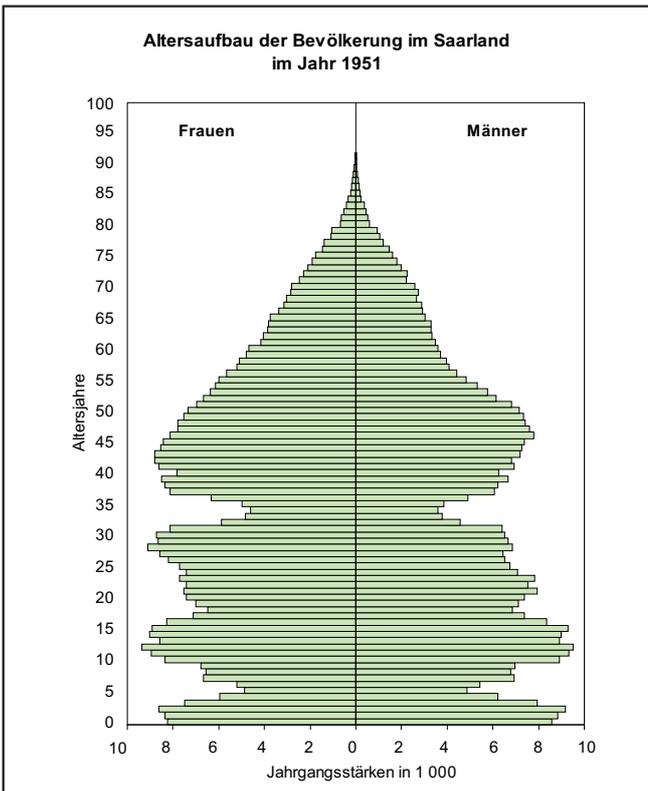
^{*)} Dieser Beitrag wurde vom Autor auf dem 6. Planerforum der ARL-LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland am 17.10.2002 in Wiesbaden als Vortrag gehalten.

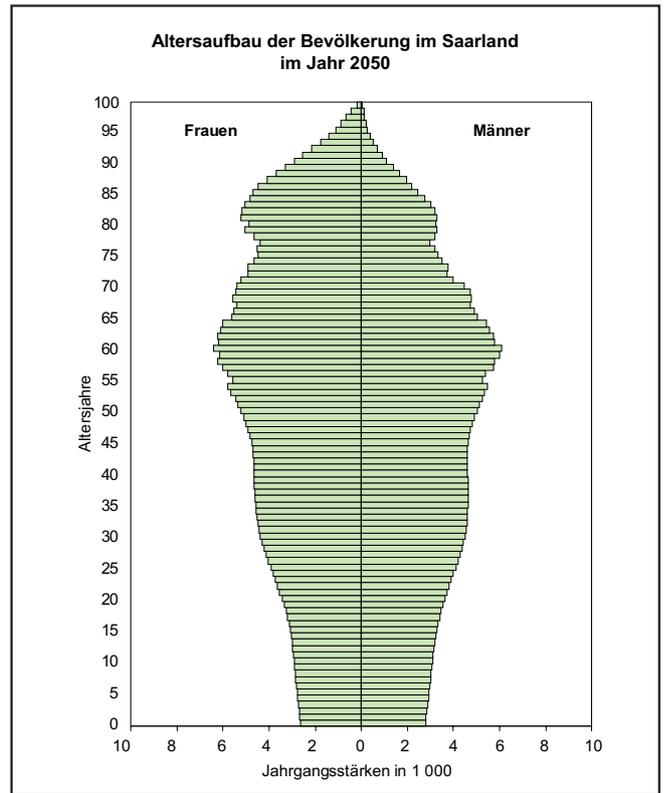
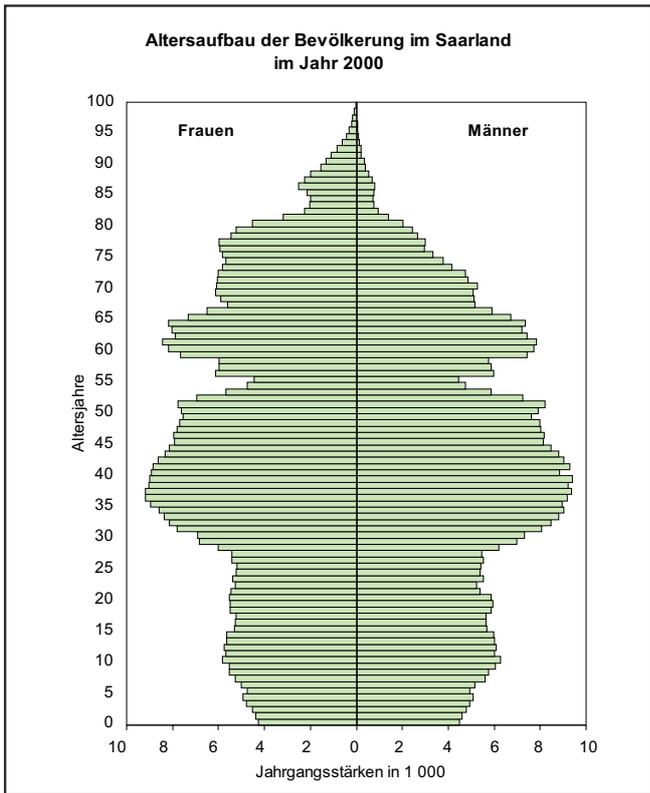


Waren am 31.12.2001 noch 26,2 % aller Saarländer als Auswirkung der geburtenstarken Jahrgänge zwischen 20 und 40 Jahre alt, so wird sich dieser Anteil 2020 auf 24,0 % und 2050 auf nur noch 21,8 % reduzieren. Ähnlich entwickelt sich der Bevölkerungsanteil der 40- bis unter 60-Jährigen: von 27,8 % in 2001 über 28,6 % in 2020 auf 26,4 % in 2050. Dagegen nimmt der Anteil der über 60-Jährigen an der saarländischen Bevölkerung stark zu. Waren im Jahre 2001 noch 26,1 % in dieser Altersklasse, so werden 31 % aller Saarländer und

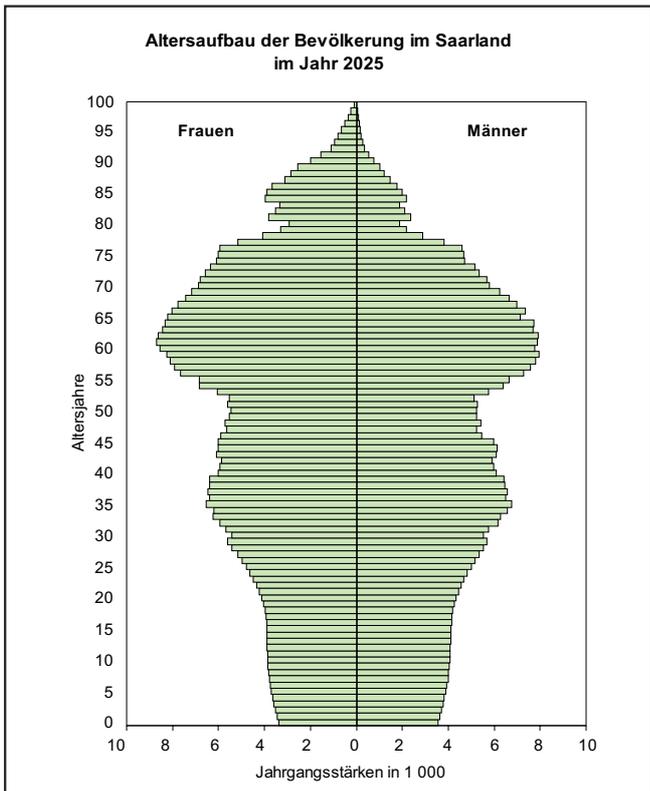
Saarländerinnen im Jahr 2020 und 36,3 % in 2050 über 60 Jahre alt sein. Damit könnte das Saarland unfreiwillig Modellregion für Deutschland werden. Denn an der Saar setzen Änderungen in der Altersstruktur schneller und heftiger ein als anderswo in den westlichen Bundesländern.

Die saarländische Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 von einem tannenbaumförmigen Aufbau im Jahr 1951 über eine "zerzauste Wettertanne" wie sie der Bevölkerungsstatistiker Flaskämper treffend beschrieben hat, hin zu einer Mor-





schelfform entwickeln. Auf die Konsequenzen dieser Entwicklung soll in diesem Aufsatz eingegangen werden.

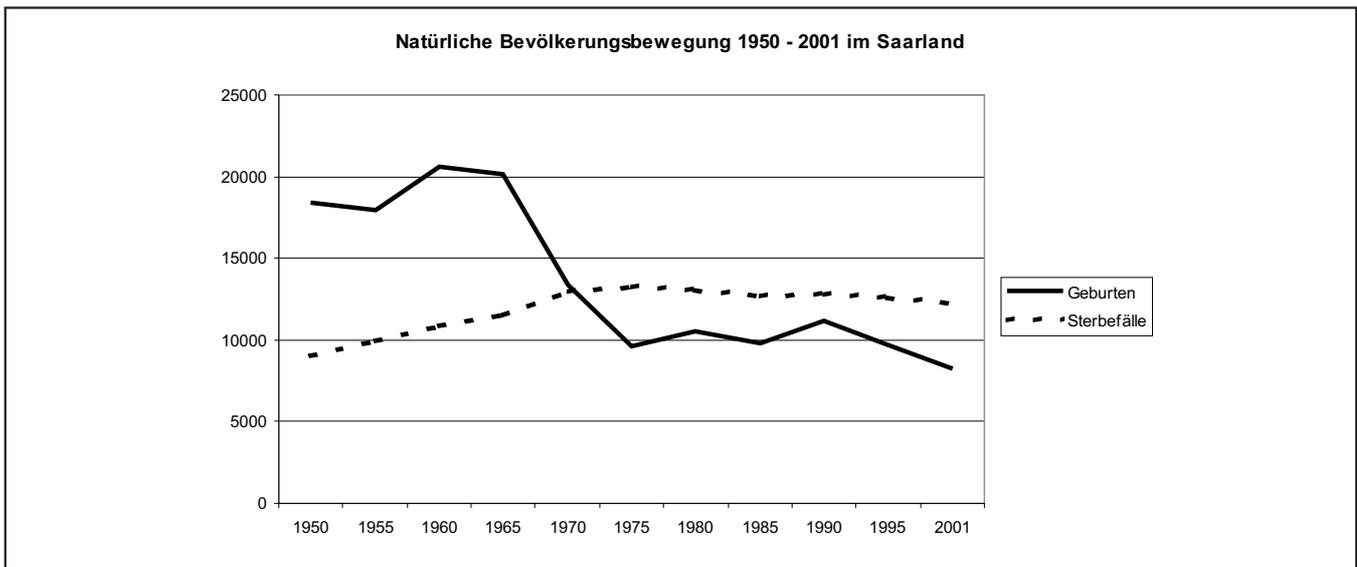


2. Bevölkerungsbewegungen

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen, wie man sie auch sehr deutlich an den Strukturen der Bevölkerungspyramiden sieht. So beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlenmäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u.a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- und Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändert sich damit auch das Verhältnis zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem Teil, der von den Erwerbstätigen versorgt werden muss.

Um diese Wechselwirkungen richtig einschätzen zu können, wird kurz auf die Daten der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung eingegangen werden.

Im Jahr 1990 wurden für das Saarland 11 210 **Geborene** (1960 noch über 20 000) standesamtlich beurkundet, im Jahr 2001 nur noch 8 196, also über ein Viertel weniger. Aber im Saarland hat nicht nur eine absolute Abnahme der Geburtenzahlen stattgefunden, sondern auch eine relative Abnahme. So fiel die zusammengefasste Geburtenziffer (Anzahl der Kinder, die von 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren gebo-



ren werden) von 1 332 in 1990 auf 1 300 in 2000 und 1 254 in 2001. Diese Entwicklung wird auch durch die Netto reproduktionsrate, darunter versteht man die Zahl der Töchter, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bei den zum Zeitpunkt der Berechnung gültigen Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt zur Welt bringt, wiedergegeben. Sie reduzierte sich von 1,18 im Jahr 1960 über 0,633 in 1990 und 0,626 in 2000 auf 0,6 in 2001.

Durch den sogenannten "Pillenknick" der 70er Jahre wird die Zahl der 20- bis 40-Jährigen, die den größten Einfluss auf die Entwicklung der Geburtenzahl haben, durch die nachfolgenden, deutlich schwächeren Jahrgänge weiter zurückgehen. Als Folge wird sich auch die Zahl der Geburten drastisch reduzieren. Denn mit der neuen Lust auf Kinder ist es ja auch so eine Sache, mögen die Babyprämien noch so reichlich bemessen werden, Geld arbeitet, aber es zeugt nicht.

Im Vergleich zu anderen alten Bundesländern weist das Saarland ohnehin eine auffallend geringe Geburtenrate (Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner) auf. (1999: Saarland 8,3; Hessen: 9,8; Rheinland-Pfalz 9,5; Baden-Württemberg: 10,3). Dies lässt den Schluss zu, dass der allgemein zu beobachtende Rückgang der Geburtenrate im Saarland noch weitaus gravierender sein wird, als in den anderen alten Bundesländern. Die Zahlen 8,2 in 2000 und 7,7 in 2001 belegen dies.

Obwohl die Zahl der **Sterbefälle** im Saarland in den Jahren zwischen 1990 und 2001 von 12 842 auf 12 316 insgesamt um 4,1 Prozent zurückgegangen ist, bewegt sie sich dennoch - verglichen mit anderen alten Bundesländern - in den letzten Jahren mit 11,9 Gestorbenen pro 1 000 Einwohner in 1990 und 11,5 in 2001 gleichbleibend auf einem relativ hohen Niveau. Grund hierfür ist die generelle Überalterung der saarländischen Bevölkerung, die sich in einem überdurchschnittlich hohen Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung aus-

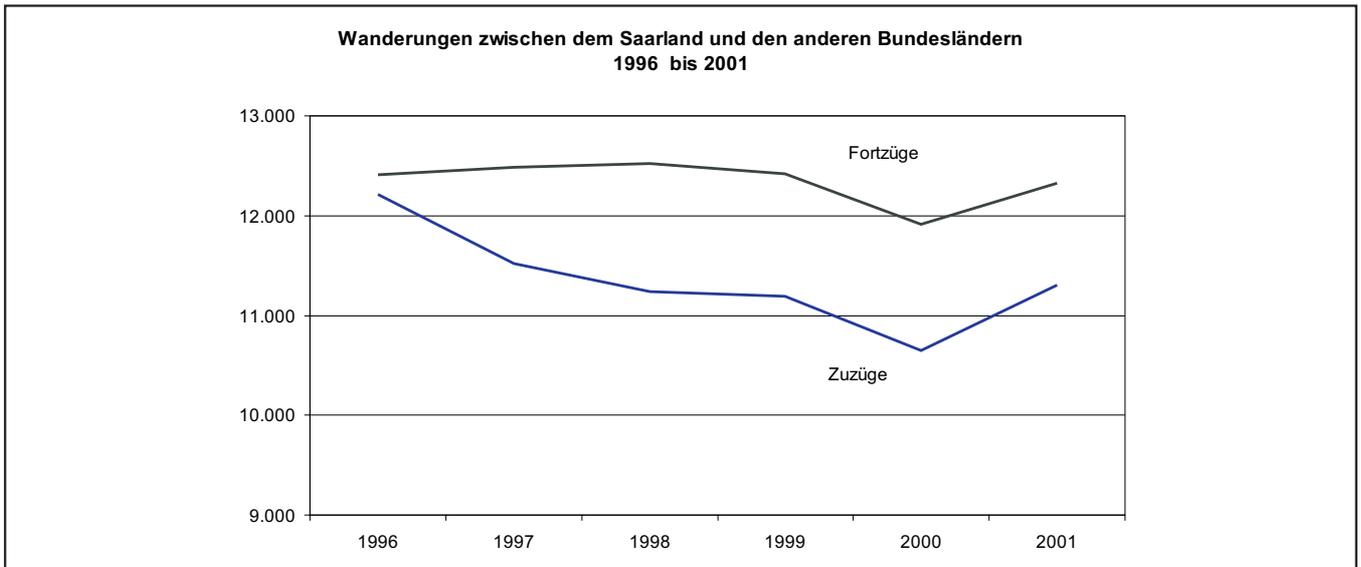
drückt. In Folge dieser natürlichen Bevölkerungsentwicklung trifft der bundesweit zu beobachtende Bevölkerungsrückgang das Saarland besonders stark.

Parallel zum Rückgang der Bevölkerungszahlen wird sich auch ein Rückgang der **Bevölkerungsdichte** einstellen. Da der Verdichtungsraum und die Städte überproportional an den Sterbeüberschüssen teilhaben (2001: Stadtverband 12,5; Landkreis Neunkirchen 12,3 Gestorbene auf 1 000 Einwohner bei 11,5 im Saarland), sinkt ihr Bevölkerungsanteil stärker; man spricht von passiver Disurbanisierung.

Bei der Beobachtung und Analyse der Veränderung der Einwohnerzahl kommt neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung, d.h. Geburten und Sterbefällen, der räumlichen Bevölkerungsbewegung, den **Wanderungen** (Migration), eine zentrale Bedeutung zu. Spiegeln doch die Wanderungen u.a. auch die Attraktivität eines Landes wieder. So werden die Bundesländer zu den Gewinnern bei den Wanderungen gehören, die zukunftsorientierte Arbeitsplätze, gute Schulen und Hochschulen und gute Infrastrukturen in den Gemeinden anbieten. Die Ergebnisse der Wanderungstatistik sind deshalb eine unentbehrliche Grundlage für die Raumordnungs- und Regionalpolitik.

Die Landesplanung und die Regionalpolitik im Saarland müssen folgende Zahlen hellhörig machen: Im Jahr 2001 haben 12 325 Personen das Saarland verlassen und sind in andere Bundesländer gezogen, während nur 11 307 Personen eine neue Heimat im Saarland gefunden haben (**Binnenwanderung**). Damit ist die Wanderungsbilanz zwischen dem Saarland und den übrigen 15 Bundesländern mit 1 018 Personen im Minus. Diese negative Entwicklung des Wanderungssaldos liegt bereits seit vielen Jahren über der Tausend-Personen-Grenze.

Analysiert man nun die Wanderungsgewinne und -verluste in den einzelnen Altersklassen, so stellt man fest, dass sich im



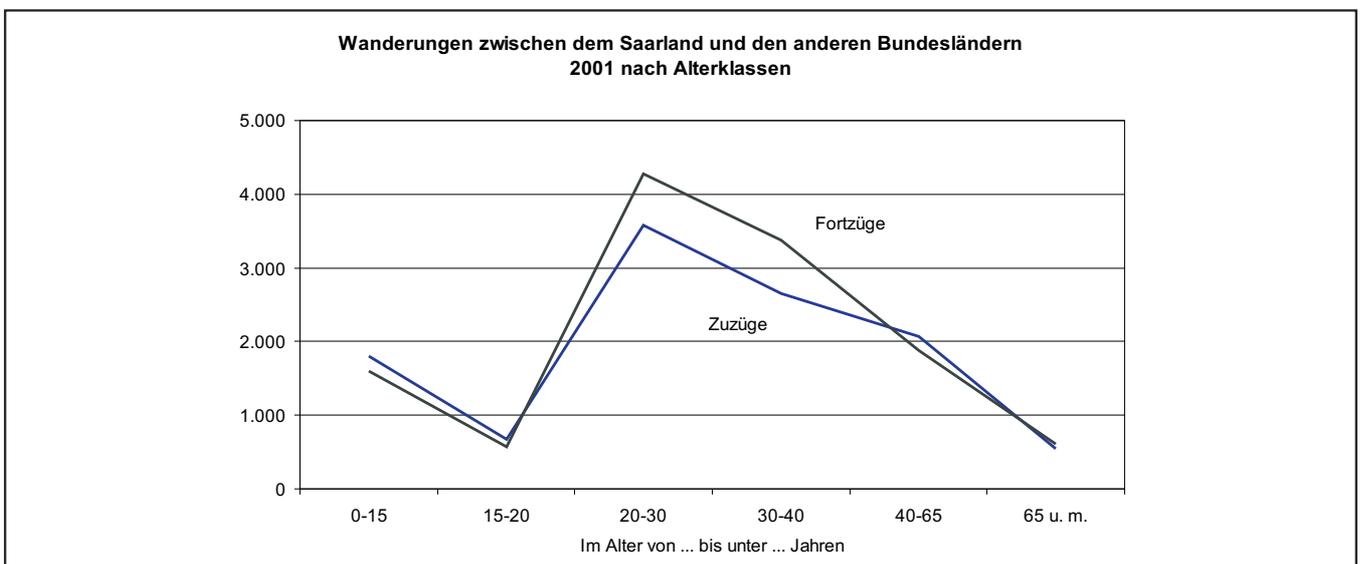
Jahr 2001 die Verluste insbesondere bei den 20- bis 40-Jährigen zeigen. In der längerfristigen Betrachtung stehen bei den Altersgruppen der 20- bis 40-Jährigen schon seit vielen Jahren negative Vorzeichen in der Wanderungsbilanz. Was bedeutet dies für unsere Land? Junge Menschen im studier- oder erwerbsfähigen Alter verlassen unser Land, um in anderen Bundesländern zu studieren und zu arbeiten. Allein im vergangenen Jahr sind 1 435 Personen in dieser Altersklasse mehr aus dem Saarland weggezogen als zugezogen. Diese über Jahre zu beobachtende Entwicklung bedeutet für das Land weniger Studierende, weniger qualifizierte Arbeitskräfte, weniger Steuer- und Abgabenzahler und vor allem weniger Innovationskraft. Aber auch die Folgen für das Sozialgefüge sind verheerend, da Personen im "besten" Alter das Land verlassen. Besonders dramatisch ist der "Aderlass" bei den 25- bis 35-Jährigen. Hauptgrund für die Fortzüge dürfte das bessere Arbeitsplatz-

angebot in anderen Bundesländern sein. Man weiß, dass eine positive Entwicklung des Arbeitsplatzangebots ein Indikator für überdurchschnittliche Wanderungsgewinne ist.

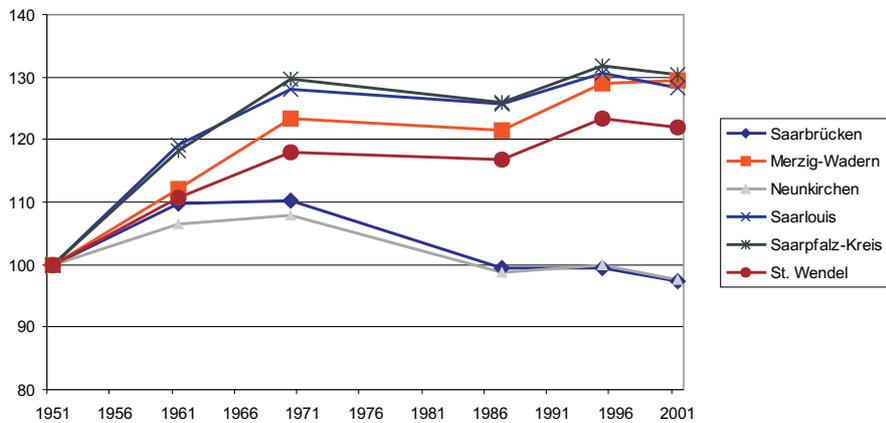
Zwischen dem Saarland und dem Ausland gab es im Jahr 2001 einen positiven Wanderungssaldo von 2 905 Personen (**Außenwanderung**). 7 790 Zuzügen von Deutschen und Ausländern aus dem Ausland standen 4 885 Fortzügen ins Ausland gegenüber. In allen Alterklassen konnten positive Wanderungsbilanzen ermittelt werden.

Der positive Wanderungssaldo über die Bundesgrenze resultiert im Saarland aus dem Wanderungsplus bei den Ausländern. So zogen letztes Jahr 3 006 Personen mehr ins Saarland zu als fort.

Bei den Wanderungszahlen der Deutschen über die Bundesgrenze ist die Bilanz negativ: 101 Personen mehr sind aus dem Saarland weggezogen als hinzugekommen sind. Betrof-



**Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen des Saarlandes
1951 = 100**



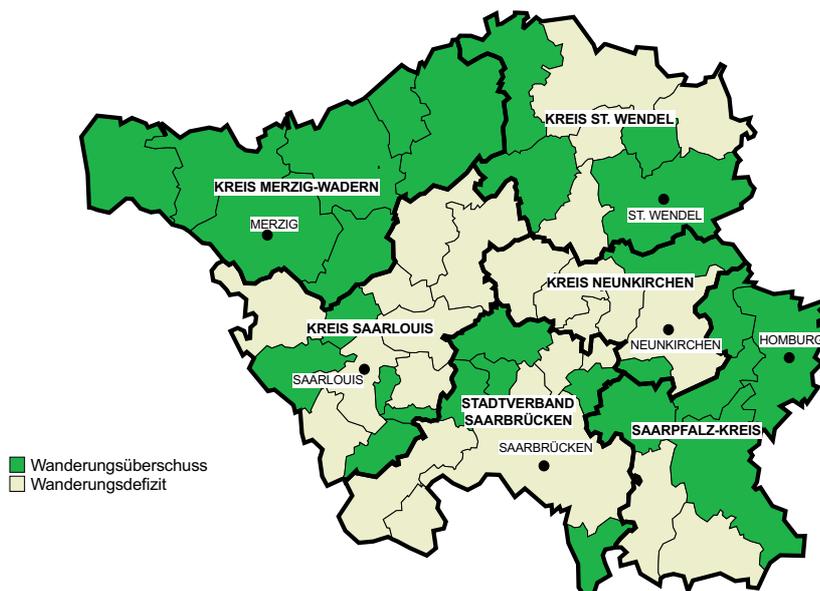
fen sind hauptsächlich die Altersjahrgänge der 20- bis 40-Jährigen. Die meisten Fortgezogenen, 1 110 von 1 779, haben einen neuen Wohnsitz in Frankreich gefunden und behalten oftmals ihren Arbeitsplatz im Saarland bei. Unter ihnen waren 538 Personen zwischen 20 und 40 Jahren und 881 zwischen 20 und 60 Jahren. Hier spielen steuerliche und Kostengründe (Haus, Grundstück) eine entscheidende Rolle.

Aus der Pendlerstatistik ist bekannt, dass am 30.6.2001 von den 25 847 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Einpendler aus Frankreich ins Saarland 6 040 (23,4 %) Deutsche waren.

Im Saarland ist ein Suburbanisierungsprozess festzustellen, der starke regionale Differenzierungen aufweist. Unter Suburbanisierung ist in diesem Zusammenhang die intraregionale Wanderung zwischen Kernstädten und ihrem Umland zu verstehen, die per Saldo zu einem Bedeutungsgewinn des Umlandes bzw. der Randzonen des Verdichtungsraumes und zu einem Bedeutungsverlust der Kernstädte bzw. der Kernzone des Verdichtungsraumes führt.

Aber auch auf den höheren Regionaleinheiten wie Stadtverband/Landkreis und Stadt/Gemeinde sind unterschiedliche

Wanderungen zwischen den saarländischen Gemeinden 2001



Tendenzen in den Wanderungsbewegungen festzustellen. So gehörten 2001 der Landkreis Saarlouis und der Stadtverband Saarbrücken bei den Wanderungen zwischen den saarländischen Kreisen und Gemeinden zu den Wanderungsverlierern, wohingegen der Landkreis Merzig-Wadern zu den Gewinnern zählte. Aber auch im Stadtverband Saarbrücken gibt es starke Unterschiede. So zählt insbesondere die Gemeinde Riegelsberg, 10 km von der Stadt Saarbrücken entfernt, in den letzten Jahren zu den Wanderungsgewinnern.

In den vergangenen sechs Jahren haben im Saarland nur noch 14 Gemeinden an Einwohnern hinzugewonnen. Den stärksten Bevölkerungsanstieg wies Riegelsberg mit + 3,7 % auf. An zweiter Stelle folgt Mettlach mit einer Steigerung von 3,6 Prozent gegenüber 1995.

Betrachtet man die Kreise des Landes, so ist nur im Landkreis Merzig-Wadern seit 1995 trotz rückläufiger Entwicklung auf Landesebene eine Bevölkerungszunahme, und zwar von 0,2 Prozent, festzustellen. Der Landkreis Merzig-Wadern und die Gemeinde Riegelsberg haben auch die größten Zuwachsraten unter den Kreisen bzw. Gemeinden bei den unter 20-Jährigen. Weiter ist festzustellen, dass der Anteil der Altersgruppe der über 65-Jährigen insbesondere im Landkreis Merzig-Wadern mit 17,1 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt mit 17,8 % lag.

3. Auswirkungen auf die Bevölkerungspyramide

Die Entwicklung bei den Wanderungen, Geburten und Sterbefällen hat den Altersaufbau der saarländischen Bevölkerung kontinuierlich verändert. Dies zeigt sich schon beim Vergleich der Alterspyramiden der Jahre 1990 und 2001.

Auffällig ist dabei zunächst, dass der Anteil der unter 5-Jährigen um 0,9 Prozentpunkte zurückgegangen ist, bei den Jungen um 1,0 und bei den Mädchen um 0,8 Prozentpunkte. Auch absolut verringerten sich die Besetzungszahlen dieser Altersklassen. Bei den Jungen um rund 5 567 und den Mädchen um rund 4 851. Die Erklärung hierfür liegt in der negativen Geburtenentwicklung in den letzten Jahren aufgrund des starken Rückgangs bei den Frauen im gebärfähigen Alter, insbeson-

dere bei denen zwischen 20 und 30 Jahren. In der Klasse der unter 20-Jährigen (einschließlich der unter 5-jährigen) insgesamt betrachtet waren noch Zunahmen zu verzeichnen, sowohl bei der männlichen als auch bei der weiblichen Bevölkerung stiegen die Anteile um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte, die absolute Zunahme betrug 189 bzw. 376 Personen. In der mittleren Alterklasse der 20 bis unter 60-Jährigen ist dagegen ein starker Verlust auszumachen. Der Anteil der männlichen Bevölkerung ging um 5,6 und der Anteil der weiblichen Bevölkerung um 3,7 Prozentpunkte zurück, was mit einem absoluten Rückgang von 29 456 Personen bei den Männern und 23 736 bei den Frauen einher ging. Wie es nicht zuletzt auf Grund der leicht rückläufigen Sterblichkeit zu erwarten war, nahm der Anteil der über 60-Jährigen bei den Männern um 5,6 und bei den Frauen um 3,5 Prozentpunkte zu. Damit erhöhten sich die Zahlen in dieser Alterklasse bei den Männern um rund 28 668 und bei den Frauen um 17 460 Personen.

Der Jugendlastquotient, bei dem die Zahl der Personen unter 20 Jahren auf die Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren bezogen wird, erhöhte sich in den vergangenen 10 Jahren von 33,6 auf über 37 %. Gleichzeitig erhöhte sich auch der Altenlastquotient, das ist die Relation der Zahl der Personen über 60 Jahre zu der Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren, deutlich von 37 auf über 47 % und der Gesamtlastquotient - die Summe aus den beiden genannten Quotienten - von 70,5 auf 84,3 Prozent.

Jugendlast- und Altenlastquotient sind ein Maß dafür, inwieweit die jüngere oder die ältere Generation die mittlere Generation - das ist üblicherweise die, die im Erwerbsleben steht - "belastet".

4. Problemfelder

Die dargestellte Situation und die aufgezeigten Trends zur Bevölkerungsentwicklung haben vielfältige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Auswirkungen, auch Auswirkungen auf die Umwelt sowie auf die Raum- und Siedlungsstruktur, die im Folgenden kurz angerissen werden.

Demographische Prozesse als Herausforderungen

Prozesse des demographischen Wandels	Begriffe von Stadt		
	Stadt als Wirtschafts-/ Lebensraum	Gebaute Stadt	Politische Stadt
Schrumpfung	Arbeitskräfterrückgang	Leerstände	Sinkende Finanzkraft
Alterung	Produktivität Gesundheitssystem	Nachfrage nach altem- gerechten Angeboten	Neue Prioritäten
Vereinzelung	Vergesellschaftung von Dienstleistungen	Wohnfläche/Kopf	Politische Beteiligung
Heterogenisierung	Disparität Desintegration	Segregation	Politische Beteiligung Polarisierung

Prof. Heinrich Mäding; Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.

Gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Auswirkungen

Gesellschaftliche Veränderung

Die altersstrukturelle Veränderung der Gesellschaft, verbunden mit der Abnahme des Anteils von Personen im erwerbsfähigen Alter, führt zunehmend zu einer Destabilisierung der Sozialsysteme, wie z.B. Altersversorgung, Rentenversicherung, Pensionen, Gesundheitswesen (Krankenkassenbeiträge, Pflegeversicherung etc.) und Arbeitslosenversicherung. Diese Sozialsysteme basieren im Wesentlichen auf dem Umlagesystem, d.h. die Zahlungen dieser Systeme an die Leistungsempfänger werden umgelegt auf die Beitragszahler. Da sich die Beiträge auf das Arbeitseinkommen beziehen, kommt es bei den zu erwartenden, mit der altersstrukturellen Veränderung der Gesellschaft verbundenen Abnahme des Erwerbspersonenanteils - systembedingt - zu Finanzierungsproblemen: Einerseits geht die Zahl der Beitragszahler zurück, andererseits vergrößert sich die Zahl der Leistungsempfänger. So bedeutet eine steigende Lebenserwartung eine größere Zahl von Renteneempfängern, eine längere Rentenbezugsdauer sowie potenziell mehr Ausgaben für Gesundheits- und Pflegeleistungen.

Politische Veränderungen

Die relative Abnahme der saarländischen Bevölkerung gegenüber den anderen (alten) Bundesländern führt zu einer Reduzierung aller von der Bevölkerungszahl abhängigen Transferzahlungen (z.B. durch die Änderung des Bevölkerungsschlüssels und der damit verbundenen Finanzaufwendungen). Mit dem Rückgang der Bevölkerungszahlen geht auch das Steueraufkommen zurück und führt bei den Gemeinden zu schwerwiegenden finanz- und haushaltspolitischen Problemen sowie letztendlich zu finanzpolitischen Abhängigkeiten.

Soziale Veränderungen

Soziale Segregation und regionale Disparitäten durch altersstrukturelle Veränderungen und Wanderungsbewegungen sind zu erwarten: Es ist mit einer lokalen Konzentration von Senioren und sozial benachteiligten Gruppen (z.B. Ausländer) zu rechnen, was in den betroffenen Orts- und Stadtquartieren zu Problemen führen kann. Teilweise kommt es zu einer einseitigen und damit problematischen Infrastrukturauslastung sowie zu Wohnungs- und Gebäudeleerständen, teilweise erwachsen berufliche und soziale Integrationsprobleme. Dieses Problembündel führt in der Summe zu weiteren Abwanderungsbewegungen insbesondere seitens junger Menschen und junger Familien inländischer Herkunft. Senioren haben - verbunden mit dem Anstieg der Lebenserwartung - nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit einen immer länger werdenden Lebensabschnitt vor sich. Für diesen Lebensabschnitt müssen geeignete Rahmenbe-

dingungen geschaffen werden, die den Senioren den Verbleib in der sozialen Integration der Gesellschaft erleichtern (infrastrukturelle Maßnahmen, soziale Dienstleistungen, Kultur-, Freizeit- und Bildungsangebote). Auch eröffnet sich im Bereich der Sozialdienste eine Problemsituation bereits heute dadurch, dass den Pflegediensten immer weniger Zivildienstleistende zur Verfügung stehen, um immer mehr ältere Menschen zu pflegen ("Pflegenotstand").

Kulturelle Veränderungen

Mit der Alterung der Gesellschaft schwindet deren endogene Innovationsfähigkeit und es besteht die Gefahr, dass das gesellschaftliche und kulturelle Leben keine neuen Impulse erhält und die Gesellschaft kulturell und mental "vergreist".

Wirtschaftliche Auswirkungen

Bruttoinlandsprodukt

Die negative Bevölkerungsentwicklung und die altersstrukturellen Veränderungen bewirken Verschiebungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Änderungen in der Konsum-, Produktions- und Dienstleistungsstruktur. Dies bedeutet letztlich ein Rückgang der Käuferzahl für den Binnenmarkt und damit tendenziell ein geringeres Kaufkraftaufkommen. Zwar kann das Konsumverhalten nicht exakt quantifiziert werden, doch ist davon auszugehen, dass Güter und Dienstleistungen des allgemeinen und speziellen Bedarfs insgesamt weniger nachgefragt werden und sich die Nachfrage verstärkt an den Bedürfnissen älterer Bevölkerungsschichten orientieren wird. Dadurch ändert sich zwangsläufig auch die Produktions- und Dienstleistungsstruktur. Überlagert werden diese Veränderungstendenzen durch wachsende regionale Ungleichgewichte im Konsumverhalten aufgrund der regional differenzierten Bevölkerungs- und Altersstrukturentwicklung mit der Folge, dass florierende Regionen sich weiter stabilisieren und ohnehin benachteiligte Regionen weiter zurückfallen. Daneben ist eine rückläufige Nachfrage im Bereich Bau- und Immobilienwirtschaft sowie am Wohnungsmarkt zu erwarten mit der Folge von Wohnungsleerständen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der drastische Rückgang der Zahl junger Menschen zwischen 30 und 40 Jahren. Dadurch verringert sich die Anzahl derer, die in der Vergangenheit den Hauptanteil der Neubauproduktionen auf dem Wohnungssektor getragen haben. Ein Indiz hierfür ist die im Jahr 2001 gegenüber dem Jahr 1995 um 30,4 % zurückgegangene Zahl von Genehmigungen für Wohngebäude insgesamt, der Rückgang um 64,3 % bei der Genehmigung von Wohnungen in neuen Gebäuden sowie ein Minus um 50,8 % bei der genehmigten Wohnfläche. Im gleichen Zeitraum war auch eine Abnahme der Fertigstellungszahlen für Wohngebäude insgesamt um 24,6 % sowie für Wohnungen in neuen Gebäuden um 54,9 % zu beobachten.

Veränderte Erwerbsstruktur

Nach der Bevölkerungsprognose wird die Zahl der 20- bis 60-Jährigen im Saarland von derzeit 580 Tsd. auf unter 380 Tsd. im Jahr 2050 zurückgehen. Dies bedeutet einen drastischen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen sowie einer gleichzeitig zunehmenden Überalterung. Langfristig wird die Mehrzahl der Arbeitskräfte über 45 Jahre sein. Zwar bewirkt dies und die Tatsache, dass immer mehr ältere Arbeitslose das Rentenalter erreichen, potenziell einen generellen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Entspannung im Sektor der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Jedoch bleibt abzuwarten, in welcher Dimension sich diese tendenzielle Arbeitsmarktentspannung vollzieht und ob im Hinblick auf die altersstrukturelle Verschiebung auf dem Arbeitsmarkt der bereits jetzt zu beobachtende Fachkräftemangel, insbesondere in den neuen IT-orientierten Berufsfeldern, kompensiert werden kann oder sich sogar verschärft. Auch ist eine Expansion von Berufen im Bereich des Gesundheitssektors und der Pflege- und Heilberufe (Altenpflege) zu erwarten, aber auch andere Berufszweige insbesondere im Bildungswesen (Kinderbetreuung und Lehrberufe), Öffentlichen Dienst sowie Bauwesen sind von diesen Veränderungstendenzen betroffen.

Auslastung der gesundheitsbezogenen, sozialen, kulturellen, kirchlichen und Bildungsinfrastruktur

Aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung und der Verschiebung der Altersstruktur zugunsten älterer Jahrgänge wird eine verstärkte Nachfrage nach seniorenbezogener Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Alten- und Pflegeheime zu verzeichnen sein. Nach Schätzung des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe werden in 50 Jahren bereits doppelt so viele Hochbetagte in Heimen leben wie heute. Dabei wird die Alterung der Gesellschaft zu einem drastischen Anstieg der Pflegebedürftigkeit führen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bundesweit von 1999 bis 2050 um 145 % (von 1,9 Mio. auf 4,7 Mio.) steigen. Berücksichtigt man die Tatsache, dass im Saarland im Vergleich zu anderen Regionen der Bundesrepublik überproportional viele alte Menschen leben und bereits Anfang des Jahres 2000 im Saarland rund 2,5 % der Bevölkerung pflegebedürftig waren, zeigt sich, dass die Nachfrage im Bereich der seniorenbezogenen Gesundheitsinfrastruktur noch erheblich zunehmen wird. Dagegen wird die Auslastung von geburtsbezogenen Gesundheitseinrichtungen (Geburtskliniken und -stationen etc.) und Erstbildungseinrichtungen wie etwa Kindergärten und -horte, Schulen, nachfolgend auch von Hochschulen sowie anderen schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen zurückgehen. Während die Zahl der Kinder in

Kindergärten bis 1998 bis zum Höchststand von 34 719 kontinuierlich anstieg, ging die Zahl 1999 auf 33 696 und im Jahr 2002 auf 32 795 zurück. Im Grundschulbereich ist die Schülerzahl bereits im fünften aufeinander folgenden Jahr rückläufig. Mit 41 402 Schülern wurden 1 317 Schüler im Schuljahr 2002/03 weniger gezählt als im Schuljahr 2001/02 (- 3,1 %). Auch an den allgemein bildenden Schulen insgesamt reduzierte sich die Schülerzahl im Schuljahr 2002/03 nach 2001/02 und 2000/01 weiter auf nunmehr 118 713. Dass sich die Auslastung der Vorschul- und Erstbildungseinrichtungen auch künftig nicht verbessern wird, zeigen die Werte der Bevölkerungsprognose. Mit dieser demografischen Entwicklung verbunden ist weiterhin eine zu erwartende geringere Auslastung von

- sozialen Einrichtungen wie Jugendzentren,
- kulturellen Einrichtungen wie Kinos, Bibliotheken, Kulturzentren, Bürgerhäuser, Veranstaltungshallen, Theater, Museen,
- kirchlichen Einrichtungen wie Pfarrzentren/Kirchen sowie von
- Einrichtungen für sportliche Zwecke wie Sport- und Tennisplätze, Sport- und Mehrzweckhallen, Schwimmbäder und -hallen, Golfplätze.

Allerdings ist die Auslastung dieser Infrastruktureinrichtungen auch sehr stark vom Freizeit- und Nutzerverhalten abhängig, so dass die tatsächliche Wirkung einer tendenziellen Minderauslastung infolge der negativen Bevölkerungsentwicklung und der Verschiebung der Altersstruktur nicht sicher prognostiziert werden kann. Beispielsweise ist entgegen dem geschilderten Trend zu beobachten, dass immer mehr Senioren die Hochschulen als Zweit- oder Weiterbildungseinrichtungen nutzen.

Auslastung der Verwaltungsinfrastruktur

Eine tendenziell geringe Nachfrage nach Verwaltungsinfrastrukturen zieht eine räumliche und fachliche Konzentration von Dienststellen im Sinne einer Verschlinkung der Verwaltung nach sich, die letztlich zu einer Schließung von Zweigstellen und damit oftmals zu einem Personalabbau führt. Durch Schließung von Zweigstellen müssen Dienstleistungsnutzer i.d.R. längere Wegestrecken in Kauf nehmen. Durch den zunehmenden Einsatz elektronischer Medien und die damit verbundene ubiquitäre Zugangsgewährleistung kann die größere Raumdistanz jedoch zumindest teilweise kompensiert werden (z.B. e-Government).

Auslastung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Aufgrund der altersstrukturellen Bevölkerungsentwicklung und der damit verbundenen steigenden Zahl autoimmobiler Senioren ist eigentlich eine höhere ÖPNV-Auslastung zu er-

warten. Jedoch zeichnen sich - insbesondere aufgrund der ungebrochenen Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs und aufgrund zurückgehender Schülerzahlen - trotz generell zu erwartender Steigerung der Personenverkehrsleistung weitere Rentabilitätsverluste beim ÖPNV ab. Der weitere Rückgang der Gesamtnutzerzahl - insbesondere der beförderten Schüler - kann auch durch die tendenziell steigende Zahl ÖPNV-nutzender Senioren nicht kompensiert werden. In der Folge sind weitere Linienausdünnungen bzw. Streckenstilllegungen insbesondere im ländlichen Raum zu erwarten, die zu einem Rückzug des ÖPNV aus der Fläche und damit zu einer insgesamt schlechteren Erreichbarkeit und zu einem weiteren Attraktivitätsverlust führen können. Zudem ist langfristig mit einem entsprechenden Personalabbau bei den ÖPNV-Betreibern zu rechnen.

Ver- und Entsorgungsinfrastruktur

Der Trend zur Reduzierung des **Wasserverbrauchs** infolge der Sensibilisierung für Umweltbelange, technischer Verbesserungen und umweltrechtlicher Vorgaben sowie die aus diesem Trend resultierenden Konsequenzen für die Wasseraufbereitung und den Wasserpreis einerseits und der Trend zur Reduzierung der Abwassermengen sowie die damit verbundenen Folgewirkungen auf die Leitungsnetze, Kläranlagen und Abwassergebühren andererseits werden sich weiter fortsetzen. Verbrauchten die Saarländer 1991 noch 126 Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag, so waren dies 1998 bereits 4,8 % oder ca. 6 Liter weniger.

Die Steigerungsraten für den **Energieverbrauch** und für die Nutzung der **Telekommunikationsnetze** werden langfristig geringer ausfallen. Momentan ist jedoch eine Steigerung des Energieverbrauchs bzw. der Nutzung der Telekommunikationsnetze zu verzeichnen. So stieg bspw. der saarländische Stromverbrauch zwischen 1999 und 2001 um 2,6 %. Auch wenn hier keine aktuellen Zahlen vorliegen, ist im Saarland eine Tendenz zur Reduzierung der anfallenden **Abfallmengen** insgesamt zu beobachten, was sich wiederum auf die Müllverbrennungs- und Deponierungskapazitäten sowie die Müllgebühren auswirkt. Gleiches gilt für das Müllaufkommen pro Kopf der Bevölkerung: Fielen 1987 noch 0,435 t Haus- und Sperrmüll je Einwohner an, so reduzierte sich dieses Abfallaufkommen bis 1993 um 18,9 % auf 0,353 t Haus- und Sperrmüll.

Allerdings ist auch hier zu unterstellen, dass das Nutzerverhalten und umweltpolitische Vorgaben die künftigen Entwicklungen im Bereich der leitungsgebundenen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur sowie im Bereich Abfallwirtschaft weitaus stärker beeinflussen werden, als dies durch den Bevölkerungsrückgang alleine zu erwarten ist. Mögliche, mit dem Bevölkerungsrückgang verbundene Positivwirkungen sind daher nur sehr schwer abschätzbar.

Auswirkung auf die Raum- und Siedlungsstruktur

Raum- und Siedlungsstruktur

Die Alterung der Bevölkerung weist eine Reihe von Besonderheiten in ihren demografischen Strukturen auf, die wiederum Einfluss auf die Raum- und Siedlungsstruktur haben. Dazu zählen neben Geschlechterrelation (hoher Frauenüberschuss), dem Familienstand (hoher Verwitwetenanteil) und der Familienstruktur (hoher Anteil von Ein- und Zweipersonenhaushalten) auch die räumliche Verteilung. Dabei zeigt sich, dass die Wohnstandorte alter Menschen insbesondere auf die Kernstädte der Verdichtungsräume sowie auf die Ortsmittelpunkte der Gemeinden im ländlichen Raum konzentriert sind. Überdies ist der Trend zu erkennen, dass die steigende Lebenserwartung den älteren Menschen erlaubt, ihren selbständigen Haushalt länger aufrecht zu erhalten. Kurz- bis mittelfristig ist jedoch damit zu rechnen, dass auch und gerade in den Wohnstandorten alter Menschen (Kernstädte der Verdichtungsräume, Ortsmittelpunkte ländlicher Gemeinden) mit vermehrten Wohnungs- und Gebäudeleerständen und den damit verbundenen negativen Folgewirkungen zu rechnen ist.

Aufgrund der Reduzierung der Siedlungsflächennachfrage sowie der langfristigen Abschwächung des Trends zur Suburbanisierung und Dispersion sowie des Zusammenwachsens von Agglomerationsräumen zu bandartig verdichteten Siedlungsstrukturen ist langfristig eine Verringerung des Nutzungsdrucks auf Raum und Boden zu erwarten. Gegenwärtig jedoch stuft die Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) das Saarland als "hochverdichteter Agglomerationsraum" ein, wobei der Stadtverband als "Kernstadt", die Landkreise Saarlouis, Neunkirchen und der Saarpfalz-Kreis als "hochverdichtete Kreise" sowie die Landkreise Merzig-Wadern und St. Wendel als "verdichtete Kreise" charakterisiert werden. Kurz- bis mittelfristig wird die Suburbanisierung trotz insgesamt rückläufiger Bautätigkeit jedoch insgesamt anhalten. Dabei wächst die Peripherie um den Verdichtungsraum deutlich schneller als der unmittelbare Rand der Kernstädte.

Generell wird sich die Zahl der Wohnungsleerstände insbesondere in den Altortskernen des ländlichen Raumes und in den Innenstädten des Verdichtungsraumes erhöhen. Trotz insgesamt rückläufiger Wohnungsbautätigkeit wird sich die Wohnungsbaufächennachfrage in der Peripherie des Verdichtungsraumes kurz- bis mittelfristig verstetigen. Der Anteil der Personen, die in Agglomerationen leben, wird zugunsten der verstädterten und der ländlichen Räume sinken. Dahinter steht ein aktiver Disurbanisierungsprozess, hervorgerufen durch Wanderungen von den höher verdichteten in die weniger verdichteten Regionen. Eine weitere, jedoch passive Disurbanisierung findet statt, weil die Agglomerationen überproportional an den Sterbe-

überschüssen teilhaben, weshalb ihr Bevölkerungsanteil ebenfalls sinkt.

Auch aufgrund des selektierenden Effektes von Wanderungsbewegungen in Verbindung mit der Altersstruktur sind in den Kernstädten des Verdichtungsraumes überproportionale Einwohnerverluste zu erwarten. Damit werden die Siedlungskerne weiter geschwächt. Die Folge sind soziale und funktionale Segregationen. Die sozialen Disparitäten innerhalb der Region werden stärker als die Disparitäten zwischen den Regionen. Die innerstädtische Segregation - mit dem Ergebnis der Entstehung benachteiligter Quartiere bzw. sozialer Brennpunkte - verstärkt sich. In diesen Stadtquartieren konzentriert sich die sozial und ökonomisch schwache Bevölkerung sowie ältere Bevölkerungsgruppen immer stärker. Dieser Prozess geht oftmals einher mit der Zuwanderung von einkommensschwächeren und Abwanderung von wohlhabenderen Bevölkerungsschichten in die Randgebiete des städtischen Umlands.

Wohnungsversorgung

Die zurückgehende Nachfrage nach Wohnungen bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung führt langfristig zu einer Entspannung am Baulandmarkt. Der Einbruch bei den Baugenehmigungen für Wohnungen insgesamt von 49,8 % zwischen 1995 und 2000 und von 26,8 % im Jahr 2001 belegen die nachlassende Nachfrage.

Mit Blick auf die Entwicklung der Zahl und Größe der Haushalte sowie die individuelle Wohnflächennachfrage bleibt es

jedoch fraglich, ob dadurch auch die Baulandpreise sinken. Trotz zurückgehender Bevölkerungszahl ist weiterhin mit einer Zunahme der Zahl der Haushalte bei gleichzeitigem Rückgang der Haushaltsgrößen und Belegungsdichten zu rechnen. Allerdings sind Prognosen der Haushaltszahlen und -größen sowie deren Einfluss auf den Wohnungsbau und damit die Wohnungsversorgung wegen der Ungewissheit der künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation sehr unsicher, so dass langfristige Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Wohnungsversorgung nicht hinreichend quantifizierbar sind.

5. Resümee

Die stark zurückgehende und älter werdende Bevölkerung stellt für die Bürger, sowie für Bund, Länder und Kommunen eine enorme Herausforderung dar. Verteilungskämpfe, Konkurrenzsituationen zwischen den Ländern und zwischen den Städten bzw. zwischen Städten und ihrem Umland sind programmiert und bereits im Gange. Staat und Gesellschaft stehen vor einer nie da gewesenen Umbruchsituation.

Ein wachsender Anteil alter Menschen mit immer längerem Lebensabend, immer weniger erwerbstätige Menschen und eine schrumpfende Bevölkerung schaffen an der Saar früher Handlungsbedarf als in den übrigen westlichen Bundesländern.